

Die Bezirksverwaltung hatte in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit unter anderen das Thema „Musikproberäume“ aufgegriffen (zur Drucksache 20-3647). Das Ergebnis erstaunt.

In seiner Sitzung am Do., 18. April 2019 war der akute Mangel an Musikproberäumen Thema im Bezirksausschuss „für Kultur, Sport und Freizeit“. Dort gab es vor allem eine aktuelle Stellungnahme der Bezirksverwaltung, die auf einen Antrag von Ende Januar 2019 der Fraktion der Grünen zurück geht. In dem wurde gefordert, leerstehende Gebäude auf eine Nutzung als Musikproberäume hin zu prüfen. Auch der mögliche Verkauf von Gebäuden bzw. seine dauerhafte Anmietung (allein um schon mögliche Investitionen darstellen zu können) solle geprüft werden und auch die Hamburg eigene „Kreativgesellschaft“ um Unterstützung gebeten werden. Die hat insbesondere die Funktion als eine Art städtischer Agent für Kreative tätig zu sein.

Als Grundlage dieser Aufforderung wurde benannt, dass *„seit mehr als sechs Jahren die Initiative SuedKultur einen erheblichen Mangel an Proberäumen für Musiker (z.B. März 2011 - Initiative die damals leerstehenden ehem. Polizeiwache Nöldkestr. zu Proberäumen umzufunktionieren)“* bemängelt. Im Juni 2015 habe auch die Bezirksversammlung festgestellt, dass *„ein erheblicher Bedarf in Harburg an Proberäumen für Musiker bestehe. Dies wurde im Jan. 2017 durch die Verwaltung nochmals bestätigt. Passiert ist in all den Jahren nur eines: es ist alles noch viel schlimmer geworden. Daher zog die Partei daraus den Schluss: „Damit das bezirkliche sowie städtische Ziel, Proberäume für Musikerinnen und Musiker zu schaffen erreicht werden kann, ist es notwendig hier ein politisches Signal zu setzen.“*

Nun kam am 23. April 2019 die Stellungnahme der Verwaltung. In dieser heißt es: *„Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit (KSF) hat in seiner Sitzung am 31.01.2019 das Thema „Proberäume für Musiker“ und die dazu vorliegenden Drucksachen 20-3647, 20-4367, 20-4368 und 20-4374 ausführlich diskutiert. Hintergrund war, dass die schwierige Situation, in Harburg einen Proberaum zu finden, aktuell dadurch verstärkt wurde, dass zahlreichen Musikern die Proberäume gekündigt wurden. Der KSF hat daher einstimmig folgenden Beschluss gefasst (ergänzt durch eine Liste potentiell in Frage kommenden Objekte: „Die Bezirksverwaltung (nicht nur das Dezernat 3, sondern alle Dezernate) möge kurzfristig alle Möglichkeiten der Unterbringung von Musikern, wie z.B. Container oder freiwerdende Gebäude oder Unterbringungen prüfen und mitteilen, wo Nutzungen, ggf. auch nur temporär,*

in Frage kämen.“

Es waren nach all den Jahren konkrete Lösungen gefragt. Und immerhin: „*Da es im Bezirksamt Harburg keine Personalressourcen für diese Aufgabe gibt, hat die Bezirksamtsleitung einmalig Mittel für eine befristet beschäftigte Honorarkraft zur Verfügung gestellt. Ziel war die Vorstellung der Recherche-Ergebnisse im letzten KSF dieser Legislaturperiode.*“

Dabei wurden mögliche Objekte erfasst, Eigentumsverhältnisse und Ansprechpartner recherchiert und sondiert, ob die Räume den Anforderungen an einen geeigneten Proberaum entsprechen. Dem darf man entnehmen, dass all die Jahre zuvor dies offenbar gar nicht erst unternommen wurde.

Das Ergebnis zeigte immerhin: 20 konkrete Objekte wurden in Harburg konkret geprüft. Zudem auch mehrere Schulen und Kleingartenvereine – und sei es nur zur möglichen Mitnutzung von Räumen sowie der Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF), der nicht mehr benötigte Container eventuell stellen könnte. Von all dem wurden 14 Objekte sowie die Nutzung von Containern überprüft und für ungeeignet befunden.

„Bei zwei Objekten sowie bei der Anfrage der Behörde für Schule und Berufsbildung bei fünf Schulen fehlen noch die abschließenden Rückmeldungen, sodass hier eine Aussage noch nicht möglich ist.“

Es konnten sechs Objekte identifiziert werden, die möglicherweise als (temporäre) Proberäume in Frage kommen könnten. Es handelt sich dabei um den ehemaligen Standort der **Lessing Stadtteilschule** am Sinstorfer Weg (Zwischennutzung), das ehemalige **Toilettenhäuschen** am Schwarzenberg / Ecke Bissingstraße, das ehemalige Toiletten- bzw. **Kioskhäuschen** an der B 73 sowie den **Bunker am Schwarzenberg** / Lessing Gymnasium. Darüber hinaus haben zwei **Kleingartenvereine** signalisiert, dass ggf. eine **Mitnutzung der Vereinsgebäude** in Frage kommen könnte. Bei allen Objekten konnten in der Kürze der Zeit nicht alle Fragen für ein mögliches Mietverhältnis abschließend geklärt werden. Zudem sind beim Toilettenhäuschen, Kioskhäuschen und Bunker erhebliche Investitionen für eine Nutzung erforderlich.“

Das ist nicht viel Konkretes, aber immerhin ein erster Schritt zur möglichen Lösung. Aber hinsichtlich des weiteren Vorgehens wird zugleich wieder eingeschränkt: „Dem Bezirksamt stehen derzeit keine eigenen Ressourcen für eine weitergehende Prüfung zur Verfügung. Ggf. ist eine externe Stelle mit Erfahrung in Bauunterhaltung, dem Vermietungsgeschäft sowie

*den Bedürfnissen der Musiker*innen zu beauftragen. Ungeachtet dessen sind an dieser Stelle die Möglichkeiten des Bezirksamtes begrenzt, um auf Akteure des freien und stark nachgefragten Immobilienmarkts zu Gunsten der Kreativwirtschaft einzuwirken. Die Hamburg Kreativgesellschaft hat auf Nachfrage mitgeteilt, ebenfalls keine Kapazitäten zu haben.*

Zudem ist eine stärkere Beteiligung der Kulturschaffenden mit ihrer Expertise im weiteren Verlauf der Prüfungen zu klären. Darüber hinaus ist ggf. in einem zusätzlichen Schritt ein Verfahren festzulegen, das die Anmietung sowie die Vergabekriterien für geeignete Proberäume vorgibt und klärt, wer hierfür verantwortlich ist. Sowohl Bezirksamt als auch Kreativgesellschaft können die Aufgabe einer Vermittlungsstelle für Proberäume im Bezirk Harburg nicht wahrnehmen.“

Fazit:

Es verdeutlicht vor allem eines:

man erkennt, dass die Situation durchaus grenzwertig ist und mit einer kurzen Recherche es eben nicht getan ist. Das hätten dann nämlich die Musiker*innen selbst hin bekommen.

Es wurde bis hierhin offenbar nicht mal daran gedacht, bei Leerständen etwa von Schulen oder Kioskhäuschen eine kulturelle Nutzung in Erwägung zu ziehen. Statt dessen etwa wurden beim Kioskhäuschen an der B73 Strom- und Wasser-Anschlüsse gekappt, die jetzt zu benannten höheren Kosten zur Wiederherrichtung führen würden.

Die Bezirksverwaltung ist für das Thema Kultur(-Belange) unterbesetzt und kommt aber in all den Jahren erst jetzt auf die Idee, Kulturschaffende in solche Prozesse einzubinden und zu beteiligen.

Es ist zu befürchten, dass auch all das nach den Bezirksparlamentswahlen wieder in Schubladen verschwindet und verstaubt und alles wieder auf Null gestellt wird.

Harburg hat viel zu tun, um kulturell auf die Beine zu kommen, will es nicht die eh überschaubare Kreativszene auch noch in die Resignation führen oder in die Flucht zwingen.

Quelle: sitzungsdienst-harburg.hamburg.de

Related Post



Stets bemüht

Mehr Worte auch
ohne Orte

„10% der
Wohnungsbauprämie Grundrechte
für Kultur!“...

